

## Ursula Engelen-Kefer

# DISKURS ZU DEMOGRAPHIE UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT



**Ursula Engelen-Kefer** war von 1984 bis 1990 Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit und von 1990 bis 2006 Stellvertretende Vorsitzende des DGB. Sie lehrt Beschäftigungspolitik an mehreren renommierten Hochschulen und leitet den Arbeitskreis Sozialversicherung im Sozialverband Deutschland (SoVD).

Mit großem Respekt habe ich während vieler Jahre als Stellvertretende Vorsitzende des DGB die Wirtschafts- und Finanzanalysen des ifo Instituts verfolgt – ebenso wie die eloquente öffentliche Darstellung seines Präsidenten Prof. Hans-Werner Sinn. Dabei bestanden die gravierenden Unterschiede der politischen Bewertung auf beiden Seiten – aber immer getragen von der Bereitschaft für den wissenschaftlichen und politischen Diskurs.

Es war mir daher eine besondere Freude und Ehre, als HWS 2007 fragte, ob er mich als Mitglied des Verwaltungsrates des ifo Instituts vorschlagen könne. Seither habe ich einen noch umfassenderen Zugang vor allem auch zu den analytischen Arbeiten des ifo erhalten.

Besonders schätze ich Sinns Darstellungen der eskalierenden Finanzkrisen, ihrer Hintergründe und ihrer dramatischen Folgen, auch für die Bundesbürger. Allerdings hatte ich lange Zeit Zweifel an der politischen Verantwortbarkeit seines schon frühzeitig propagierten

»Grexit«. In jüngster Zeit bin ich dabei allerdings auch zunehmend unsicher geworden.

Mit besonderem Interesse konnte ich verfolgen, dass es ifo gelingt, interessante und fähige Wissenschaftler aus aller Welt zu gewinnen und bei der eigenen Arbeit weit über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Dabei hat sich HWS auch immer als Person mit großem Erfolg eingebracht.

In seiner Rede auf der letzten ifo Jahresversammlung am 12. Juni 2015, der letzten in seiner Amtszeit als Präsident, hat HWS keinen Zweifel an der Ablehnung der von den Gewerkschaften durchgesetzten Lohnsteigerungen in den neuen Bundesländern wie auch der Alternativlosigkeit der Renten- und Arbeitsmarktreformen von Gerhard Schröder und seiner Agenda 2010 gelassen. Im Vorfeld der langwierigen Auseinandersetzungen um den von »Schwarz-Rot« 2015 eingeführten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro wurde HWS nicht müde, die seiner Meinung nach drohende Ver-

nichtung von Arbeitsplätzen in die Öffentlichkeit zu bringen. All dies hat er eindringlich in seinen umfassenden Publikationen belegt. Es wird nicht verwundern, dass uns gerade bei diesen Themen, die ich auch als jahrzehntelange alternative Vorsitzende von Vorstand und später Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit verantwortlich vertreten habe, politische Welten trennen.

In den letzten Jahren hat sich HWS einem weiteren Themenbereich zugewandt, den dramatischen Veränderungen in der Demographie und ihren wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Dabei gibt es unmittelbare Berührungspunkte mit meiner eigenen Neuorientierung nach Beendigung meines Mandats als Stellvertretende Vorsitzende des DGB 2006. Als Honorarprofessorin an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) mit verschiedenen Lehraufträgen, insbesondere an der Freien Universität Berlin, bin ich wieder dahin zurückgekehrt, wo ich meine Berufslaufbahn in der wissenschaftlichen Beratung der Politik vor jetzt viereinhalb Jahrzehnten einmal begonnen habe.

Dabei befasse ich mich vor allem mit den drängender werdenden Problemen des Rückgangs und der Alterung von Bevölkerung und Erwerbstätigen. Auch hier gab es zwischen HWS und mir lange Zeit erhebliche Differenzen bei der Bewertung der Zukunft der sozialen Sicherungssysteme – vor allem der Rentenversicherung. Ich war und bin immer eine überzeugte Verfechterin der gesetzlichen umlagefinanzierten Altersrente, die immerhin die Schrecken von zwei Weltkriegen überdauert hat. Damit war ich auch als zeitweilige alternative Vorsitzende des Vorstandes der gesetzlichen Rentenversicherung eine entschiedene Gegnerin der Rentenreformen des damaligen Bundesarbeitsministers Walter Riester, der die private kapitalgedeckte Zusatzrente damit för-

derde, dass er die gesetzliche Altersrente einschränkte – eine Entwicklung, die HWS ebenso wie der vormalige »Rentenpapst« Prof. Bert Rürup als alternativlos ansah.

Wie ich glaube, aus seinen jüngsten Äußerungen bei der ifo Jahresversammlung 2015 entnehmen zu können, ist allerdings auch bei HWS die Erkenntnis gereift, dass infolge der eskalierenden Finanzkrisen die Erwartungen an die kapitalgedeckte Alterssicherung nicht erfüllt werden können. Allerdings würde ich keinesfalls zu hoffen wagen, dass sich HWS meiner Auffassung anschließt, dass die gesetzliche umlagefinanzierte Altersrente trotz der dramatischen demographisch bedingten Zusatzbelastungen der jüngeren Generationen immer noch die bessere Alternative darstellt.

Eine zukünftige Lösung könnte daher sein, dass zusätzliche eigene Rentenleistungen nicht in die private Kapitalanlage abgefordert werden, sondern deren Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung erweitert und gefördert werden sollte. Auch dies würde die jüngeren Generationen entlasten, ohne die Mehrheit der Arbeitnehmer den intransparenten und häufig überbeuerten Alterssicherungsprodukten der privaten Finanzbranche aussetzen. Allerdings habe ich nach meinen jahrzehntelangen Erfahrungen und Erkenntnissen in der Sozialpolitik keine Illusionen, dass sich ein so »eingefleischter« Ökonom mit einer solch gewaltigen Innen- und Außenwirkung wie HWS in derartige »Niederungen« der Verteilungs- und Sozialpolitik begeben könnte. Es fehlte dann ja auch das Salz in der Suppe für den wissenschaftlichen wie politischen Diskurs.

Ich bin sicher, dass HWS auch in Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit ein bekannter und anerkannter Ökonom bleiben wird, der sich in die Wissenschaft und Politik einmischt.